



Deutsche Umwelthilfe

GasWende



Herrn Bundesminister Habeck  
Dr. Robert Habeck  
Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Klimaschutz  
Scharnhorststraße 34-37  
10115 Berlin

Berlin, 02. Oktober 2024

## **Geschlossener Brief gegen die Aussetzung der Additionalitäts- und Korrelationskriterien für RFNBOs**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit Besorgnis haben wir Ihren Brief an die Europäische Kommission vom 16. September zur Kenntnis genommen, in dem Sie eine Verlängerung der Übergangsfrist für die Kriterien der Additionalität und der Korrelation im Delegated Act der RED II für erneuerbare Gase nicht-organischen Ursprungs (RFNBOs) anregen. Zwar nehmen auch wir die Herausforderungen wahr, vor denen die Energiewende mit dem aktuell stockenden Hochlauf einer grünen Wasserstoffwirtschaft steht. Vor diesem Hintergrund möchten wir dennoch betonen, dass gerade die Einhaltung des Additionalitätskriteriums ein zentraler Bestandteil für die langfristige Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit der Energiewende in Deutschland, aber auch weltweit ist. Gerne bringen wir uns dabei mit konstruktiven Vorschlägen für eine nachhaltige Beschleunigung ein – zum Beispiel könnten ein klarer Vorrang für grünen Wasserstoff in bestimmten, nicht-elektrofizierbaren Anwendungen und Förderprogrammen wie den Klimaschutzverträgen, verbesserte Abschreiberegelungen sowie klare Signale für seine langfristig gesicherte Abnahme die Marktbedingungen für den Wasserstoffhochlauf deutlich verbessern.

Eine nachträgliche Änderung der Kriterien würde die Planungs- und Investitionssicherheit für innovative Geschäftsmodelle massiv gefährden. Zudem würde eine erneute Öffnung und Verschiebung dieses Rahmens das Tor für weitere Änderungswünsche öffnen, insbesondere in Bezug auf atomaren Wasserstoff, sowie einen weiteren Vertrauensverlust für die Funktionalität europäischer Prozesse nach sich ziehen.

Der aktuelle Rechtsrahmen wurde bereits in deutsches Recht überführt, er gilt sowohl für den europäischen Markt als auch für alle Importe in die EU. Er ist somit die Investitionsgrundlage

für Unternehmen in Deutschland, Europa aber auch weltweit für die Produktion von Wasserstoff. Eine Öffnung bzw. Änderung der Kriterien schafft Unsicherheit für diese Investitionen und kann laufende bzw. in der Pipeline befindliche Projekte gefährden. Insbesondere über die Verschiebung des Kriteriums der Additionalität kann der Anreiz zum europaweiten und weltweiten Ausbau von erneuerbaren Energien ausgebremst werden. Das hätte nachteilige Auswirkungen für die Energiewende und die Akzeptanz der H2-Produktion in den Exportländern.

Die Beibehaltung der Additionalitätskriterien des Delegated Acts ist aus unserer Sicht ein zentraler Pfeiler, um sicherzustellen, dass die Produktion von RFNBOs die Dekarbonisierung des Stromsystems nicht verlangsamt. Wir appellieren daher an Sie, sich für die Beibehaltung dieser Regelungen einzusetzen und parallel dazu Maßnahmen zu ergreifen, die den schnellen und effizienten Ausbau zusätzlicher erneuerbarer Energiekapazitäten ermöglichen.

Unabhängig von unserem Termin in der kommenden Woche würden wir gerne mit Ihrem Haus ins Gespräch kommen, um unsere Punkte genauer darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen,



Prof. Dr. Kai Niebert  
Präsident  
DNR



Patrick Rohde  
Interim-Geschäftsführung Politik  
BUND



Sascha Müller-Kraenner  
Bundesgeschäftsführer  
DUH



Tina Loeffelbein  
Projektleitung  
Gaswende



Christoph Bals  
Politischer Geschäftsführer  
Germanwatch



Dr. Christiane Averbeck  
Geschäftsführende Vorständin  
Klima-Allianz Deutschland



Heike Vesper  
Geschäftsleitung Transformation & Politik  
WWF

Dieser Brief wird gleichlautend an Bundesministerin Lemke zur Kenntnis weitergeleitet.